

Tagesordnung I Punkt 9.2 der öffentlichen Sitzung am 5. Juli 2016

Vorlagen-Nr. 16-V-61-0016

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Hochschule Moritzstraße" im Ortsbezirk Mitte - Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss - Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Revitalisierung des Stadtviertels - Südlich der Gerichtsstraße" - Wiesbaden 2011/03 im Ortsbezirk Mitte

Beschluss Nr. 0103

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Dem Antrag des Eigentümers, des Hessischen Ministeriums der Finanzen vom 08.08.2015 auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Hochschule Moritzstraße“ im Ortsbezirk Mitte (Anlage 2 zur Vorlage) wird zugestimmt.
2. Der Entwurf des Vorhaben- und Erschließungsplans vom 21.04.2016 (Anlage 3 zur Vorlage) wird zur Kenntnis genommen.
3. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Hochschule Moritzstraße“ im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB (Baugesetzbuch) [Bebauungsplan der Innenentwicklung] wird beschlossen.

Der ca. 0,5 ha große Planbereich liegt in der Innenstadt von Wiesbaden im Ortsbezirk Mitte.

Begrenzt wird der Planbereich im Westen durch die Oranienstraße, im Norden durch das alte Gerichtsgebäude, im Osten durch die Moritzstraße und im Süden durch die Albrechtstraße.

Als Ziele der Planung werden beschlossen:

- Schaffung von Planungsrecht zur Realisierung des Vorhabens,
- Abstimmung der Anschlüsse an die Nachbarbebauung,
- Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes sowie der
- Auseinandersetzung mit der Historie aufgrund der wegfallenden denkmalgeschützten ehemaligen Gefängnismauer.

4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- der vorhabenbezogene Bebauungsplan ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt wird,
 - die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt wurde (Anlage 7 zur Vorlage),
 - die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt wurde sowie
 - der Beschluss über die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 1 i. V. m. § 13 a Abs. 3 Nr. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht wird.
5. Für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Revitalisierung des Stadtviertels - Südlich der Gerichtsstraße“ - Wiesbaden 2011/03 wird ein Aufhebungsverfahren eingeleitet. Die für das Aufhebungsverfahren erforderlichen Verfahrensschritte sind identisch mit denen des Aufstellungsverfahrens und werden gemeinsam durchgeführt.
6. Den in der Anlage 8 zur Vorlage formulierten Beschlussvorschlägen wird zugestimmt.
7. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Hochschule Moritzstraße“ vom 22.04.2016 (Anlage 4 und 5 zur Vorlage) wird beschlossen und ist mit Begründung (Anlage 6 zur Vorlage) zusammen mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.
8. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
- zeitgleich zur öffentlichen Auslegung die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt wird,
 - dass der Flächennutzungsplan nach § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst wird.
9. Das Eckpunktepapier „Hochschule Moritzstraße“ (Anlage 10 zur Vorlage) wird zur Kenntnis genommen. Im Eckpunktepapier wird dargestellt, welche Themen und Regelungsinhalte in den Durchführungsvertrag zum Satzungsbeschluss aufgenommen werden.

Die Finanzierung der durch die Landeshauptstadt Wiesbaden zu tragenden Kosten ist im Einzelfall im Rahmen des jeweils betroffenen Dezernatsbudgets zu decken. Die Umsetzung der im Einzelnen geplanten Maßnahmen erfolgt vorbehaltlich der jeweils zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und unter Beachtung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt Wiesbaden.

(antragsgemäß Magistrat 14.06.2016 BP 0380)

(Der Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 05.07.2016 (BP0102) ist zu berücksichtigen)

Tagesordnung III

Wiesbaden, .07.2016

Kessler
Vorsitzender